

Links diskutiert

3 Zum Jahreswechsel: „Vorwärts – ohne zu vergessen...“

Stern / Kirchsteigfeld / Drewitz

6–8 Verkehrsprobleme, Hirtengraben und Campus Am Stern

Links im Rathaus

10/11 Bilanz 2009 der Stadtfraktion DIE LINKE

Von der Betonschneise zum Stadtpark

Wohngebiet Drewitz soll zur „Gartenstadt“ entwickelt werden/Neues Bürgeraktiv begleitet den Prozess

Von 1986 bis 1991 entstand das Plattenbauviertel Drewitz mit insgesamt 2.900 Wohnungen. Das Wohngebiet hat im Potsdamer Vergleich die höchste Quote an sozial schwachen Mitbürgern. Doch nun soll das „Sorgenkind“ Drewitz zu einer Gartenstadt umgewandelt werden. Ein Konzept dazu wurde bereits vom Bundesbauminister ausgezeichnet. Und ein Bürgeraktiv hat sich im November 2009 gegründet, das den Drewitzer Umgestaltungsprozess begleiten wird.

Kern des Konzeptes „Gartenstadt Drewitz“ soll der radikale Rückbau der überdimensionierten Konrad-Wolf-Allee zu einem Stadtpark sein. Die jetzige Betonschneise soll zur grünen Lunge des Stadtteils werden. Eine Flaniermeile mit Regenteichen, Baumhainen, Spielplätzen, Liegewiesen und begrünten Straßenbahngleisen werden das Bild bestimmen. Zur zweiten Achse soll die Verbindung von Herta-Thiele-Straße und Guido-Seeber-Weg werden. Auch in den

Innenhöfen wird das Motiv der Gartenstadt in vielfältiger Weise zum Tragen kommen. Außerdem sollen 900 neue Wohnungen entstehen – auf freien Flächen am Rand des Stadtteils, teilweise durch Lückenbebauung sowie durch Aufstockung vorhandener Gebäude. Breiten Raum nimmt in den Plänen auch die Umwandlung der Priesterweg-Schule zur Stadtteilschule als Treffpunkt aller Generationen ein. 300 Millionen Euro soll die Umgestal-

tung zur Gartenstadt kosten. Und wie denken die Anwohner über die „Gartenstadt“? Alexander Frehse, Mitglied im Bürgeraktiv zum Projekt: „Als Drewitzer begrüße ich das Konzept ‚Gartenstadt‘ ausdrücklich. Zum einen würde etwas mehr Grün dem Stadtteil gut zu Gesicht stehen, zum anderen bietet sich mit der Gartenstadt die Möglichkeit, sowohl Freizeitangebote für Jung und Alt als auch die Lebensqualität in Drewitz spürbar

zu verbessern. Das Konzept umfasst neben der dringend notwendigen energetischen Sanierung der Gebäude auch eine drastische Umgestaltung des Verkehrs. Ein erster Schritt könnte die Einführung einer Tempo-30-Zone für ganz Drewitz sein. Auch eine Einbahnstraße Konrad-Wolf-Allee wäre bei Verwendung der parallel verlaufenden nördlichen Parkspur für die Gegenrichtung kurzfristig realisierbar. Allerdings sehe ich auch einige Probleme, bei den Anwohnern Zustimmung für das Konzept zu erhalten. Bisher ist zum Beispiel noch keine Lösung für den ruhenden Individualverkehr in Sicht. Auch ist die berechtigte Sorge vor Mieterhöhungen ein ernst zu nehmendes Problem für viele Anwohner. Es bleibt also noch viel zu tun, um Anwohner und Investoren zu überzeugen. Eine Verkehrsberuhigung, wie oben beschrieben, könnte ein hilfreicher Schritt zur Realisierung der Gartenstadt Drewitz sein.“

(Lesen Sie auch SEITE 7)



Auf ein Wort...



Haushalten in schwieriger Zeit

Von Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE), Stellv. Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Brandenburg

Vor der rot-roten Koalition steht jetzt eine der schwierigsten Aufgaben überhaupt: In Zeiten der Krise, die enorme Steuerausfälle mit sich bringt, muss ein Haushalt für 2010 erarbeitet werden, der einerseits verfassungsgemäß ist und andererseits die Ziele der Koalitionsvereinbarung in Angriff nimmt. Es stimmt, Brandenburg hat in den Jahren 2007 und 2008 einen ordentlichen Jahresüberschuss erzielt, wir werden durch die Vergrößerung des öffentlichen Anteils an der ILB mit Gewinnausschüttungen für das Land rechnen können, und wir dürfen zuversichtlich sein, dass die brandenburgischen Unternehmen und das Handwerk trotz der Krise gut zur Einnahmensicherung im Land beitragen werden.

Aber diese positiven Ergebnisse können bei weitem nicht abdecken, was an Problemen auf uns zu kommt. Aufgrund der Krise sind bereits im Haushalt 2009 Deckungslücken in Höhe von 600 bis 650 Mio. Euro entstanden. Die Haushaltssituation wird 2010 noch schwieriger, wenn sich die Einnahmen des Landes aus dem Solidaripakt jährlich um 100 Mio. Euro verringern. Die

(Fortsetzung auf SEITE 2)

LINKE hält an Beschlüssen zum offenen Umgang mit Biografien fest

Ein sogenannter Kleiner Parteitag am 12. Dezember 2009, eine gemeinsame Beratung des Landesvorstandes und des Landesausschusses, beschäftigte sich gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten und den Kreisvorsitzenden der Brandenburger LINKEN mit der aktuellen Lage im Land und den jüngsten Geschichtsdebatten und Stasi-Vorwürfen. An der parteiöffentlichen Diskussion haben mehr als 100 Gäste der Basis teilgenommen. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die politische Situation in Brandenburg war in den vergangenen Wochen durch eine erhebliche Belastungsprobe für die rot-rote Koalition geprägt. Die Verantwortung für den dabei eingetretenen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, gegenüber den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner liegt bei der LINKEN.“ Die Partei will nun ihre Beschlüsse zum offenen Umgang mit Biografien aktualisieren.

Den Text der Erklärung finden Sie unter: www.dielinke-brandenburg.de

EHRUNGEN FÜR KARL UND ROSA ZUM 91. JAHRESTAG IHRER ERMORDUNG

Wie in jedem Jahr, so ehren wir auch zu Beginn des Jahres 2010 traditionell

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

in Berlin: am Sonntag, 10. Januar 2010, 9,30 Uhr mit einer Demonstration und stillem Gedenken in der „Gedenkstätte der Sozialisten“

in Berlin-Friedrichsfelde,

in Potsdam: am Sonntag, 17. Januar 2010, um 11.00 Uhr im Lustgarten am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“.

(Fortsetzung von SEITE 1)

demografische Entwicklung, die Sicherung der Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst, die Veränderungen der Förderpolitik der EU, das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ von Schwarz-Gelb, das Brandenburg im Jahr 2010 um etwa 55 Mio. und im Jahr 2011 um 81 Mio. Euro ärmer machen wird, kommen als Probleme hinzu.

Diese Größen sind es, die uns ernsthaft in die Gefahr bringen, kaum noch Möglichkeiten für Gestaltungspolitik zu haben. Unser Land – das ist Aufgabe der neuen Regierung bzw. des Finanzministers – muss diesen Spagat dennoch zustande bringen. Das heißt, wir müssen die sinkenden Steuereinnahmen plus die zusätzlich absehbaren Mindereinnahmen kompensieren und zugleich Zukunftspolitik organisieren. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. Wir hoffen natürlich, dass sich das Land Brandenburg vorzüglich entwickelt, weil es jetzt eine rot-rote Regierung hat. Aber allein auf Hoffnung kann kein Haushalt aufgebaut werden. Ohne neue Ideen, ohne die Bereitschaft, sich von Liebgewordenem, aber Überflüssigem zu trennen, und ohne die Kreativität aller Beteiligten wird es nicht gehen.

Montagsdemos III oder wie werde ich Rot-Rot los?

Wir haben das Jahr 20 der deutschen Einheit und der friedlichen Montagsdemos. Synonym für politischen Widerstand, Streben nach Bürgerrechten und (Meinungs-) Freiheit sowie den Wunsch nach gelebter Demokratie. 2004 – im Zuge der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 – wurden die Montagsdemos wieder belebt. Für soziale Rechte und gegen Sozialabbau, für menschenwürdige Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger und gegen die „Rotstiftpolitik“ im Gesundheitswesen, in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gingen und gehen die Menschen auf die Straße.

Im Dezember 2009 erlebte in Brandenburg die Montagsdemo eine weitere Renaissance. Was war geschehen? Angefangen hat es nicht mit dem Aufdecken einzelner „IMs“, sondern bereits mit den Koalitionsgesprächen zwischen der SPD und der LINKEN und der Absage an die CDU. So wurde im Oktober eine E-Mail mit den Namen jener Sozialdemokraten, die die Koalitionsverhandlung mit der LINKEN führten, verschickt. Auf meine Frage, „ob nun eine Hetzjagd beginne“, wurde mir erklärt, dass es doch wichtig sei, dem Bürger zu erklären, wer dafür verantwortlich sei. Jedoch geschah dies bei der CDU-Verhandlungsgruppe nicht. Wenig später folgte die, jetzt von der PNN zitierte, Unterschriftenliste. Beim näheren Betrachten der Herkunft der Unterzeichner stellt man fest, dass zum 10. Dezember

von 1521 Unterzeichnern nicht einmal ein Drittel aus Brandenburg kommt! Beim Start der Liste ging es nicht um das Thema Stasi, sondern allein um die Verhinderung von Rot-Rot. Damit schoss man gegen ein Regierungsbündnis aus zwei demokratischen Parteien, die in einem Rechtsstaat vom Souverän gewählt wurden und noch nicht einmal begonnen hatten zu arbeiten. Nicht politische Entscheidungen waren der Ausschlag – nein, man sprach ganz einfach der einen Partei das Recht ab, am politischen Spiel teilzunehmen.

„Man kann ostdeutscher Herkunft sein, ohne sich mit dem SED-Regime und dessen Trägern zu identifizieren“, liest man auf der Internetseite der Initiatoren. Das bedeutet, dass den Wählern der LINKEN das demokratische Verständnis abgesprochen wird. Vielleicht sollten sie sich fragen, warum 28% der Brandenburger DIE LINKE gewählt haben? Sind es alles Ex-Stasi, EX-SED oder DDR-Romantiker? Oder sehen sie in der LINKEN eine Partei, die sich für die soziale Sache, für die Menschen und für die ostdeutschen Länder, nicht nur kurz vor den Wahlen, einsetzt?

Aus sehr eigenen Beweggründen und nicht aus demokratischem Grundverständnis vernachlässigen die selbsternannten „Wächter der Demokratie“ ihre eigenen Werte. Wer gibt ihnen eigentlich das Recht, den Mitgliedern der SED/PDS und der LINKEN den Willen und die Fähigkeit zur demokratischen Er-

neuerung abzusprechen? Ist ein ehemaliges SED-Mitglied, das heute in der CDU oder FDP ist, besser oder schlechter als eines, das sich in der SED/PDS, PDS, Linkspartei, PDS und der LINKEN engagiert?

Ja, das rot-rote Projekt ist momentan in schwierigen Gewässern und das, obwohl LINKE-Minister eine – auch von den Medien honorierte – gute Figur machen. Trotz eindeutiger Parteitagebeschlüsse und einer politischen Notwendigkeit hatten Kandidaten der LINKEN weder den politischen Anstand noch den persönlichen Mut, die Genossen und den Wähler über ihre Vergangenheit aufzuklären. Damit haben sie (ungewollt) das rot-rote Projekt gleich zu Beginn torpediert. Dabei waren wir – die Partei DIE LINKE – schon viel weiter. Man braucht nur einmal die Passage zur DDR im Leitbild zu lesen oder sich persönliche Entscheidungen Einzelner anzuschauen. DIE LINKE Potsdam wird sich beim Landesverband dafür einsetzen, dass die Parteitagebeschlüsse vom Juni 1991 bekräftigt und konkretisiert werden.

20 Jahre Diskussionen über die DDR und den Umgang mit Biografien liegen hinter uns und weitere Jahre werden folgen. Die Debatte ist oft durch extreme Positionen gekennzeichnet – entweder absolute Verurteilung und Ablehnung oder Verharmlosung und Schönfärberei. Sie bewegt sich immer zwischen DDR-Opposition und DDR-Elite. Die Mehrheit der DDR-

BürgerInnen war keines von beiden, auch wenn die CDU und die FDP das gerne so hätten. Wer die untergegangene DDR verstehen will, muss sich auch mit der Normalität auseinandersetzen, die den Alltag von 17 Millionen Deutschen 40 Jahre lang prägte. Auch wird selten über die mehr als 400.000 Mitglieder der so genannten Blockparteien gesprochen, die Teil einer „Dienstklasse“ der DDR waren, die als Bürgermeister, stellvertretende Betriebsleiter, Minister oder in akademischen Funktionen an der Vermittlung der Macht der SED-Führung in die Gesellschaft mitwirkten. Seit mehr und mehr Aktivisten der Wende von der politischen Bühne abtreten, verzieht sich allmählich auch der Pulverdampf der tagespolitisch geprägten Auseinandersetzungen. Es ist an der Zeit, dass man sich sachlicher und ernsthafter mit dieser Thematik befasst und zu Wertungen gelangt, die Bestand haben können. Es kann nicht mehr darum gehen, mit der Bewertung der vor zwanzig Jahren untergegangenen DDR die heutigen gesellschaftlichen Entwicklungen wahlweise zu erklären, zu entschuldigen oder anzuprangern.

Zum Abschluss noch ein Treppenwitz der neueren deutschen Vereinigungsgeschichte: Der Spiegel titelte jüngst „Stasi jagt Stasi“ und er hatte Recht. Die größten medialen Stasi-Jäger waren..., ja genau, selber bei der Staatssicherheit. *Sascha Krämer*

Elitenförderung statt Breitensport

Die Förderung von Eliten auf Kosten der Allgemeinheit scheint sich hierzulande großer Beliebtheit zu erfreuen – zumindest bei den Entscheidungsträgern. So bleibt auch der Hochschulsport – ein umfassendes Freizeitsportangebot für Studenten – nicht verschont. Mitte des Jahres wurde die Uni-Sporthalle im Babelsberger Park geschlossen. In der Konsequenz bedeutet dies rund 1000 Kursplätze weniger, was eine starke Einschränkung des Sportangebots an der Uni Potsdam zur Folge hat. Die auf die Proteste folgende Ankündigung eines Ersatzbaus ist nun erstaunlicherweise hinfällig. Man verweist auf die knappen finanziellen Mittel und die nicht vorhandene Relevanz des Sports für die Lehre. Andererseits gibt es satte 33 Millionen Euro für den Ausbau des Olympiastützpunkts. Die Priorität liegt hier – wie immer – beim Wohl der Allgemeinheit. Traumhaft.

*Matthias Kratyk,
BO Neue Impulse*

Zum „Ruf aus Potsdam an Nobelpreisträger Obama“/PaS, Dezember 2009, Seite 10

Noch unerfülltes Versprechen

Barack Obama nahm jüngst den Friedensnobelpreis entgegen. Die Kritik an dieser Auszeichnung ist so stark wie nie. Zumal der amerikanische Präsident in den vergangenen Wochen alles andere als friedliche Entscheidungen verkündet hat. Obama dürfte wohl der erste Friedensnobelpreisträger sein, der seine Preisträgerschaft mit der Entsendung von 30.000 Soldaten beginnt. Das ist ja fast so, als bekäme die Fleischerinnung die Ernennung zu „Vegetariern des Jahres“.

Barack Obama bewegte sich in Oslo auf dünnem Eis, und er weiß es. Krieg und Frieden – beim US-Präsidenten liegt das nahe beieinander. In der einen Woche ordnet er eine massive Eskalation des Afghanistankrieges an, schickt 30.000 weitere „Jungs“ ins Feld, acht Tage später erhält er den renommiertesten Preis, der weltweit fürs Friedensstiften verliehen wird. Geht das, passt das zusammen?

Obama erhalte den Preis „für seine außergewöhnlichen Bemühungen, die internationale Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken“, meinte der Vorsitzende der Nobelpreisjury, Thorbjörn Jagland. Kritiker meinen, das Schlüsselwort heißt „Bemühungen“ – und gut gemeint bedeute längst nicht immer gutes Gelingen.

Was hat Obama denn eigentlich geleistet?, fragt man sich. Kein Zweifel: Obama – noch nicht mal ein Jahr im Amt – kann auf kein eigenes „Werk“ verweisen, auf keinen triumphalen Friedensschluss, auf keinen Bruderkuß mit einem einst Verfeindeten. Er steht für

ein „Versprechen“. Tatsächlich hat Obama in seiner kurzen Zeit im Weißen Haus einiges angestoßen, hat Visionen und neue Horizonte aufgezeigt: In einer als historisch eingestuftten Rede in Kairo reichte er der muslimischen Welt die Hand, in seiner Prager Rede warb er für eine Welt ohne Atomwaffen, er verzichtete sogar auf die geplante Raketenabwehr in Tschechien und Polen. Vor allem aber: Sein Ton ist anders – ganz anders – als unter seinem ungeliebten Vorgänger George W. Bush. Bush sprach vorzugsweise vom „Krieg gegen den Terror“, Obama spricht von einer „neuen Ära des Friedens“, Bush brandmarkte „Schurkenstaaten“, Obama signalisiert sogar Bereitschaft, sich mit den politischen Führern in Teheran und Havanna an einen Tisch zu setzen. Vor allem sieht Obama seine Verbündeten nicht als Vasallen, sondern als Partner....

Doch es gibt auch die andere Seite Obamas: In Afghanistan setzt er, trotz anderer Vorschläge im eigenen Lager, auf den Erfolg einer militärischen Eskalation (siehe oben). Menschenrechtlern stieß es sauer auf, dass Obama unlängst nicht mit dem Dalai Lama sprechen wollte – mit der Begründung, dies würde Peking vergrätzen. Und auch unter das Abkommen zur Ächtung der grausamen Landminen hat Obama noch immer nicht seine Unterschrift gesetzt. Die deutsche Friedensbewegung nennt den Preis für Obama denn auch einen „kolossalen Fehlgriff“. Denn sein Versprechen hat Mr. President noch lange nicht erfüllt.

-bm

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Vorwärts – ohne zu vergessen ...

Gedanken zum Jahreswechsel/Von Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Das gehört zur politischen Bilanz des Jahres 2009: gute bis sehr gute Ergebnisse für DIE LINKE bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. In Potsdam steht DIE LINKE bei den Erst- und Zweitstimmen für die Bundestagswahl an erster Stelle, Hans-Jürgen Scharfenberg erreicht eines der besten Ergebnisse der direkt gewählten Landtagskandidaten, Anita Tack erzielt ein gutes Ergebnis und zieht über die Landesliste in den Landtag ein und ist nun Ministerin.

Die SPD bekommt im Bund die Quittung für ihre neoliberale Politik. Vor allem die massive Abkehr traditioneller SPD-Wähler/innen sorgt dafür, dass eine schwarz-gelbe Koalition möglich wird.

In Brandenburg kann sich die SPD vor allem aufgrund des „Platzeck-Effekts“ als stärkste Partei bei den Landtagswahlen behaupten. DIE LINKE wird wiederum zweitstärkste Partei. Die rot-rote Koalition entsteht. Nach intensiver und (vor allem bei der LINKEN) teils kontroverser inhaltlicher Diskussion billigen die Delegierten beider Parteien mit großen Mehrheiten den Koalitionsvertrag. Für DIE LINKE bedeutet diese Koalition die Chance eines Politikwechsels hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und die Entwicklung von Alternativen zu einer verstärkt neoliberalen Bundespolitik.



Kreisverband und Fraktion wirken Hand in Hand für unsere Stadt. Dafür bürgen Günther Waschkuhn und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Foto: Martin

Doch nicht die dringend notwendige öffentliche Debatte um eine sozial gerechtere Politik beherrscht die Medien, nein, das öffentliche (und veröffentlichte) Interesse konzentriert sich wochenlang auf die verschwiegene MfS-/IM-Tätigkeit von zwei Landtagsabgeordneten der LINKEN. Auch längst bekannte Biografien und andere Sachverhalte werden „in den gleichen Topf geworfen“.

Klar ist spätestens seit dem PDS-Bundesparteitag vom Juni 1991: Wer sich für die Partei um ein Mandat bewirbt, hat MfS-Tätigkeit offenzulegen, um eine Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Dies ist Voraussetzung, damit die nominierenden Gre-

mien über die Kandidatur entscheiden und sich Wähler/innen ein eigenes souveränes Urteil bilden können. Diejenigen, die über ihre Biografie informierten und sich der Auseinandersetzung stellten, haben bewiesen, dass dies möglich ist. Wer dazu nicht bereit war und trotzdem antrat, hat diese Partei und WählerInnen hinters Licht geführt, unseren Gegnern willkommene Munition geliefert und der LINKEN nachhaltig geschadet.

DIE LINKE stellt sich der Aufgabe der Offenlegung der Fakten auch nach 20 Jahren. Wir werden dieses Thema 2010 auch im Kreisverband aufgreifen. Die Aufgabe heißt Aufklärung, dabei muss bei Mandaten die Einzel-

fallprüfung erfolgen und danach entschieden werden. Wir wenden uns entschieden gegen Pauschalvorurteilungen und Diffamierungen. Einem Teil der politischen Konkurrenz geht es erkennbar nicht um die differenzierende Auseinandersetzung. Sie instrumentalisieren das „MfS-Thema“, weil sie sich mit der auf demokratischem Wege entstandenen rot-roten Koalition nicht abfinden wollen. Sie missbrauchen das Etikett „Montags-Demo“, das seit Jahren für den Kampf gegen Sozialabbau steht, für ihr taktisches Kalkül.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, Beides zu tun: Aufklären, also nicht vergessen! Und gleichzeitig vorwärts gehen und parlamentarisch wie außerparlamentarisch für soziale Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau kämpfen. Fünf Jahre „Hartz IV“, jahrelange Lohn- und Rentensenkung, die Zunahme von Hungerlöhnen, die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, Bildung für „Eliten“ und nicht für alle, diese Themen müssen den Stellenwert bekommen, den sie verdienen – dafür werden wir 2010 sorgen!

Persönliche Begegnung mit der „Wende“

Zugegeben, ein wenig ratlos fühle ich mich zunächst zwischen den mit „Traum und Trauma“ überschriebenen Bildern von Harald Herzel, die seine Hoffnung, Angst und Selbstfindung seit dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 reflektieren. Keinen, der die sogenannte Wende erlebt hat, dessen Ideale in Frage gestellt bleiben und der sich bis heute als „Schmuddelkind der Nation“ rechtfertigen muss, lässt sie wirklich los. Auch Herzel ist längst nicht damit „fertig“ und zeigt, wie ihn Chaos und Zweifel über Jahre beschäftigt haben.

Mit den Denkanstößen des Kunsterziehers schärft sich mein Blick für Details, und ich erkenne in den chaotischen Debatten im Bilderzyklus „...Anklagen, Kotzen“ aus der Umbruchzeit eigene Eindrücke, sogar eigenes Verhalten wieder – vom anmaßenden Beharren auf schwindende Wahrheiten über Schuldzuweisungen und Ratlosigkeit bis hin zu einer Suche nach Antworten.

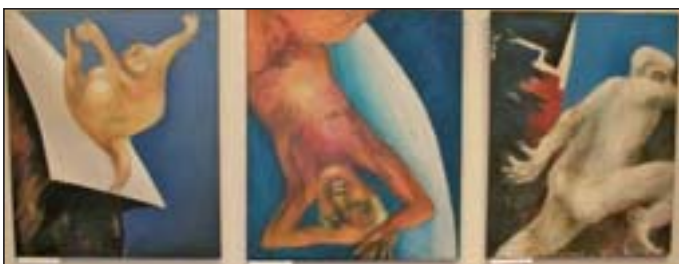
Herzels spätere Bilder zeigen immer wieder Menschen kurz vor dem Abgrund, lustvoll an den Rand des Untergangs tänzelnd oder auch verzweifelt, ver-

wundet, zerrissen abstürzend. Kalte Blautöne umgeben sie, scharfe abwärts führende Schwarz-Weiß-Diagonalen zersstückeln auch das Empfinden des Betrachters.

War der Traum vom humanistischen Zusammenleben falsch? Oder – so fragt sich Herzel – war ich zu feige, zu dumm, nicht auf der Höhe der Zeit? Und er greift nach größeren Zusammenhängen, stellt diesen „kleinen“ Zusammenbruch in den Kontext der menschlichen Entwicklung. Neuere Bilder widerspiegeln die Zerstörung von Harmonien, die ewig schienen, deuten die Bedrohung für uns alle an.

Seit Jahren setzt sich der gründliche Denker Herzel dem aufreibenden Spannungsfeld zwischen künstlerischer Tätigkeit und einem aktiven politischen Leben als Einheit aus. Diesen moralischen Anspruch gab er jahrelang als Lehrkraft an Potsdamer Studierende weiter, mit

denen er mehrere Sommerpleinairs durchführte. Und eine solche Auffassung von Integrität wäre ein guter Leitfaden für eine ehrlich geführte Auseinandersetzung mit DDR, ganz persönlicher Vergangenheit, Bewahrenswertem und der wichtigen Frage: Wie kann die Menschheit überleben? Im Gespräch zitiert Herzel des Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 2009, Claudio Magris, der dem scheinbar Unvermeidlichen ein „Hoffen wider alle Hoffnung“ entgegensetzt und den Anfang des Bewahrens im Fragen und Erkennen sieht. Die in der Alleestraße 3 ausgestellten Bilder geben Einblick in Herzels persönliche Auseinandersetzung mit dem Gesehenen und wollen den aufgeschlossenen Betrachter anregen, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer mit dieser emotionalen Annäherung einen eigenen Weg zu finden.



„Absturz“, titelt Herzel dieses Bild. Die Ausstellung ist bis Ende Februar in der Alleestraße zu sehen. Foto: -ed

Auf dem Kreisparteitag gewählt:



Andrea Grunert als stellv. Kreisvorsitzende DIE LINKE.Potsdam

Alter: 38 Jahre
Wohnort: Potsdam
Familienstand: eheähnliche Gemeinschaft
Beruf: Baufacharbeiter mit Abitur
Tätigkeit: Angestellte Aufgaben im KV: Wahlkampfstab, Mitgliederbetreuung, AG 1. Mai u. Sommerfest, Strukturreform, innerparteil. Entwicklung



Silke Bartsch als Mitglied des Kreisvorstandes

Alter: 29 Jahre
Wohnort: Potsdam
Familienstand: ledig
Beruf: Dipl. Politikwissenschaftlerin
Tätigkeit: Veranstaltungsmanagerin
Aufgaben im KV: Ansprechpartnerin für Studierende und Schüler, um gemeinsam mit ihnen auf Probleme aufmerksam zu machen und die Bildungschancen in Potsdam zu verbessern.



Marianne Kypke als Mitglied des Kreisvorstandes

Alter: 60 Jahre
Wohnort: Potsdam, Am Stern
Beruf: Industriekaufmann/Rentnerin
Aufgaben im KV: aktive Teilnahme am Wahlkampf, Infostände etc., Seniorenarbeit, engagiert bei Malaria und Schülerhilfe e.V., BRH

Karl Liebknecht – Rosa Luxemburg, ermordet am 15. Januar 1919

Zieht euch die Kappen tiefer ins Gesicht,
wenn ihr an diesem trüben Wintertage
zur Arbeit schleicht.
Wie, Proletarier? Quälén euch die Sorgen,
ob ihr mit euerm Lohn die Woche reicht
und ob man mit der kargen Tüte nicht
euch die Papiere in die Hände schiebt?
Ihr seid es ja gewöhnt zu sehn,
wie Frau und Kinder hungern, die ihr liebt.
Vielleicht steht morgen der Betrieb schon still.
Wenn es der Fabrikant so will,
wenn er euch nicht mehr braucht,
weil eurer Arbeitskraft Gewinnst
sich ihm nicht mehr nach Wunsch verzinst,
dann stellt euch mit Millionen Arbeitslosen
auch ihr in Frost und Not,



betrogen um der Kinder Brot,
vor Kirchentüren, winselnd um Almosen
und bis zum Knöchel watend in die Pfützen.
Vielleicht schmeißt irgendwer euch einen Bettel
in die Mützen.

Zieht euch die Kappen tiefer ins Gesicht.
An diesem Wintertag sind's sieben Jahre –
da schlug man euer Hoffen auf die Bahre.
Vergeßt es nicht!
Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg – sie wußten:
Freiheit und Glück wächst nur aus starker Tat!
Sie starben für das Proletariat...
Doch, sollen sie darum gestorben sein
und alle, die nach ihnen sterben mußten –
darum schloß' Tausende das Zuchthaus ein,
daß, Proletarier, ihr nach sieben Jahren,

dem Wucher mehr als je verknechtet,
als Paria der Republik entrechtet,
hilflose Sklavenscharen
den Mördern eurer Helden dienstbar seid?
Nein! Streift die Kappen hoch aus dem Gesicht!
Laßt Licht, laßt Hoffnung in den Blick! Faßt Mut!
Schaut vor euch und ergebt euch nicht dem Leid!
Schwört euern Toten, die für euch gefallen,
schwört bei der Besten ungerächtem Blut –
und laßt zum Eid die roten Fahnen wallen:
Die Revolution, sie ist nicht verloren.
Das Elend mahnt uns, uns zu befrei'n.
Die Stunde ist nah – wir haben geschworen –:
Ihr Toten, wir woll'n eure Rächer sein!

*Erich Mühsam, 1926 (geb. 1878,
ermordet 1934 im KZ Oranienburg)*

Tod in Sachsenhausen – Dr. Karl-Heinrich Schäfer

Januar 1945

Als der Kirchenhistoriker Dr. Karl-Heinrich Schäfer 1921 von Braunschweig nach Potsdam übersiedelte, um seine Tätigkeit im Reichsarchiv auf dem Telegraphenberg anzutreten, hatte er bereits eine beachtliche wissenschaftliche Karriere hinter sich. Am 27. Juli 1871 in Wetter in eine gut situierte Familie hineingeboren, konnte er alle Bildungsmöglichkeiten nutzen. In Greifswald, Erlangen und Marburg studierte er Theologie und legte 1898 erfolgreich das Pfarrereexamen ab. Noch aber hatte Schäfer seinen Beruf nicht gefunden und studierte weiter Geschichte und Philologie. Seine Studien veranlassten ihn schließlich, vom evangelischen zum katholischen Glauben zu konvertieren. Das aber brachte berufliche Schwierigkeiten mit sich. So nahm Schäfer dankbar eine Stelle als Erzieher bei der Familie Pietschker in Potsdam an.

1903 ging er nach Rom an das Historische Institut der Görres-

Gesellschaft und arbeitete für den Heiligen Stuhl. Schäfer leistete eine solch immense und gute Arbeit, dass Papst Pius X. ihn 1913 zum Ritter von St. Gregor schlug. Das verhinderte aber keineswegs, dass er den Krieg und die Hölle von Verdun kennenlernen musste. Er überlebte. Nach dem Kriege dann Arbeit in Braunschweig und 1921 endlich Potsdam. In der heutigen Meistersingerstraße erwarb er das Haus Nr. 2, konnte seine „Lützelburg“ – wie er das Haus liebevoll nannte – erwerben, da seine Frau die Tochter eines reichen luxemburgischen Industriellen war. Lange Jahre noch nach seinem Tod zierte das Haus eine italienische Inschrift, die in der Übersetzung lautete: „Möge Gott dieses Haus wohl vor Unglück schützen, auf dass niemals ein Advocat noch ein Arzt den Fuß hereinsetze.“

Potsdam wurde für Dr. Schäfer ein produktives Pflaster. Von den 395 Publikationen, die aus seiner

Feder stammen, entstanden die meisten in der Havelstadt. Am berühmtesten wohl die Schrift „Potsdams tausendjährige Geschichte 928/929 – 1929“, die aus Anlass des 27. Märkischen Katholikentages 1929 in Potsdam erschien.

Dr. Schäfer als geschworener Freund der Demokratie warnte lange vor 1933 vor dem Faschismus. Und als er 1934 im Amte noch einen Witz erzählte (den vom Hitlerjungen, der so blond wie Hitler, so schlank wie Göring, und so gut gebaut wie Goebbels sein soll), da musste er in den Ruhestand. Doch machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube, sprach im Freundeskreis immer wieder über den humanen Tiefstzustand, der der Faschismus sei, und hörte in seiner Wohnung sogenannte „Feindsender“. Deswegen an die Gestapo verraten, wurde Schäfer am 27. Januar 1943 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Als er am 01. Oktober 1944 aus dem Zucht-

haus Luckau entlassen wurde, stand vor den Toren schon die Gestapo, um ihn in die sogenannte „Schutzhaft“ zu nehmen und ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen zu verschleppen. Frau und Tochter warteten vergeblich auf ihn. Erst am 28. Januar 1945 wurde ihnen mitgeteilt, wo sich Dr. Schäfer befand und dass er in Sachsenhausen abgeholt werden könnte. Als beide Frauen am 29. Januar dort eintrafen, teilte der Lagerkommandant lakonisch mit, dass Karl-Heinrich Schäfer wenige Stunden vorher verstorben sei – und sie könnten die Asche mitnehmen. Das lehnten Frau und Tochter in dem Wissen ab, dass es sich nicht um die sterblichen Überreste des Toten handeln konnte. Für Dr. Karl-Heinrich Schäfer setzten Frau und Tochter einen Grabstein auf den Neuen Friedhof. Heute steht und mahnt er vor seiner „Lützelburg“, dem Haus Nr. 2 in der Potsdamer Meistersingerstraße. -rt

Bau auf, bau auf...

Januar 1960

Selbst im 15. Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich in Potsdam noch weite Trümmerlandschaften bzw. freie, ehemals bebaute, Flächen. Die Nationale Front des demokrati-

schen Deutschlands hatte, um hier Abhilfe zu schaffen, das „Nationale Aufbauwerk“ ins Leben gerufen. Das fand breite Resonanz, war es doch ein Mittel, sich selbst aus der Hinter-

lassenschaft des Krieges zu befreien. So begann auch das Jahr 1960 mit einem NAW-Einsatz. Am 02. und 03. Januar 1960 waren es der Treckerfahrer Fischbach, sieben Kollegen aus den

Wohnbezirken und vier Volkspolizisten, die die ersten Aufbaustunden (83) 1960 in Potsdam leisteten. Es wurde Schutt abgefahren.

„Ein Schelm, wer Arges dabei denkt...“

Zweiter Workshop zur Zukunft der Jugendkultur hat stattgefunden/Ein dritter wurde für Januar einberufen

Wie in der Dezember-Ausgabe dieser Zeitung angekündigt, fand der 2. Workshop zur Zukunft der Jugendkultur in Potsdam am 16. Dezember 2009 statt. Im Haus der Jugend trafen sich erneut Vertreter der Potsdamer Jugendkulturszene, der Verwaltung und der Politik, um den Auftrag, einen konsensfähigen Vorschlag zur Entwicklung des Projektes „freiLand“ und zum Rahmenkonzept „Jugendkultur“ auszuarbeiten.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht! Dass die Enttäuschung darüber besonders bei den jungen Leuten groß ist, erklärt sich von selbst. In diesem Workshop sollte es vor allem darum gehen, die realen Bedarfe für das neue Projekt „freiLand“ zu bestimmen.

Als Einstieg in diese Aufgabenstellung wurden die Konzepte von Waschhaus, Lindenpark, Archiv e.V., von Spartacus e.V. und das von „freiLand“ unter folgenden Aspekten vorgestellt: Raumgröße/Nutzfläche, Kapazitäten, Auslastung, Nutzergruppen, Angebote, finanzielle Förderung, Partizipation. Es wurde dargestellt, worin die Pluspunkte des einzelnen Hauses bestehen,

welche Problemlagen es gibt. Wer es sehen wollte, konnte es sehen: Jede dieser Einrichtungen, jeder Verein hat seine Spezifik, seine eigenen Angebote und Nutzergruppen.

Im 10-plus-Punkte-Plan Jugendkultur ist der bestehende Bedarf für jugendkulturelle Einrichtungen weitestgehend im Konsens zwischen den Akteuren der Jugendkultur und der Verwaltung erfasst.

Es gibt einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, initiiert von der Fraktion DIE LINKE, nachdem „das Grundstück des ehemaligen Wasserbetriebes in der Friedrich-Engels-Straße gesichert und schrittweise auf der Grundlage der Skizze zur Machbarkeit des Projektes ‚freiLand‘ entwickelt werden“ soll. „Priorität sollen dabei die Sicherung der Ersatzlösung für den Jugendclub S 13 und Spartacus e.V. sowie die Einrichtung von Bandräumen und Graffitiflächen haben“. Mit anderen Worten: Der Workshop befasste sich mit Fragestellungen, zu denen es bereits klare Beschlusslagen bzw. Konsens gibt...

Das Immer-wieder-Infragestel-

len bereits gesicherter Positionen ist ebenso wenig zielführend wie die Behauptung, die Stadt könne sich ein „freiLand“ bei der „krisengeschüttelten“ Haushaltslage nicht leisten.

Wenn dann noch das Argument ins Feld geführt wird, dass die Stadt ja noch gar nicht Eigentümer des Geländes sei und man so nicht wisse, ob das überhaupt was wird, dann wird die Sache mehr als durchsichtig.

Vor allem die jungen Leute, die sich bisher sehr konstruktiv und engagiert an den Diskussionsprozessen beteiligt haben, sprachen im Anschluss an den 2. Workshop von Hinhalte- und Verzögerungstaktik, von Inkonsistenz und auch von Feigheit derer, die die Entscheidung „freiLand“ ja oder nein zu treffen haben.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Analyse des Ist-Zustandes in der Potsdamer Jugendkultur ist ebenso erforderlich, wie Klarheit über die tatsächlichen Bedarfe und die finanziellen Auswirkungen zu erzielen. Wenn sich die Diskussion dann aber wie in einem „Hamsterrad“ dreht, keine Er-

gebnisse erreicht werden, ist das weder konstruktiv noch verantwortungsvoll gegenüber den jungen Leuten.

Für den 3. Workshop am 12. Januar ist nun vorgesehen, dass konkrete Zahlen auf den Tisch gelegt werden sollen, die dann konkrete Aussagen zur Finanzierung des Jugendkulturzentrums „freiLand“ möglich machen. Bis dahin sollen sowohl Möglichkeiten der stufenweisen Realisierbarkeit des Projektes als auch sogenannte Insellösungen für die einzelnen Projekte geprüft werden. (Letzteres heißt nichts anderes, als den „Nachweis“ zu führen, dass „freiLand“ nicht gebraucht wird.)

Es ist mehr als erstaunlich, wenn z. B. in diesem 2. Workshop nach fast zweijähriger ergebnisloser Suche ein Vorschlag zur Unterbringung des Jugendclubs „S 13“ und zur Schaffung von Graffitiflächen in der Schiffbauergasse wie „Kai aus der Kiste“ hervorgezaubert wird, was bisher strikt abgelehnt worden war. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

*Dr. Sigrid Müller
Jugendpolitische
Sprecherin*

Dank an die Fraktion und den Kreisverband DIE LINKE

Am 16. Dezember veranstaltete der Migrantenbeirat eine Weihnachtsfeier im Asylbewerberheim am Schlaatz als Zeichen eines verständnisvollen Miteinanders in der Stadt Potsdam. Der Beirat möchte der Fraktion und dem Kreisverband DIE LINKE einen besonderen Dank für die Unterstützung bei der Vorbereitung und der Ausstattung des Festes aussprechen, sowie für die Geschenke an die Kinder des Heimes danken. Wir freuen uns über die gelungene Zusammenarbeit und wünschen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

*Olga Schummel
Vorsitzende des
Migrantenbeirates
der Stadt Potsdam*

Bürger in Badpläne einbeziehen

Die Diskussion um ein neues Bad in Potsdam hat eine lange Vorgeschichte. Nachdem es zehn Jahre lang große Erwartungen und Hoffnungen zu einem Freizeitbad auf der Brache in Drewitz gegeben hatte, beendete Oberbürgermeister Jakobs im Sommer 2004 diese Planungen, indem er den Ausstieg der Stadt aus diesem Projekt festlegte. Wenig später startete er am Brauhausberg das Abenteuer Niemeyerbad, das sich als großer Flop mit Millionenverlusten für die Stadt erwies. Sowohl mit dem Abbruch des Vorhabens in Drewitz als auch mit den überdimensionierten Planungen für den Brauhausberg wurden die Bürger konfrontiert, ohne ihre Meinung sagen zu können.

Man sollte annehmen, dass nun endlich aus den Fehlern der vergangenen Jahre gelernt wird. Dafür sprach die 2008 getroffene Entscheidung des Hauptausschusses, die Schwimmhalle am Brauhausberg mit vertretbarem Aufwand zu sanieren. Im Frühjahr 2009 wurden jedoch Überlegungen des Oberbürgermeisters öffentlich, ein neues Bad im Bornstedter Feld zu bauen und

damit die Schwimmhalle am Brauhausberg aufzugeben. Mittlerweile ist diese lockere Denkübung durch verschiedene Untersuchungen untersetzt und mit dem vorläufigen Segen der bürgerlichen Rathauskooperation versehen worden. Im Januar 2010 will der Oberbürgermeister eine entsprechende Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

DIE LINKE hat sich nicht von taktischen Manövern leiten lassen, sondern unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen

und der Meinung vieler Bürger auf die Beibehaltung des Badstandortes am Brauhausberg gedrängt. Am Brauhausberg kann ein neues Sportbad mit zehn Bahnen und einem Wellnessangebot gebaut werden und nach Fertigstellung die alte Schwimmhalle ersetzen.

Da es sich hierbei um eine Entscheidung von großer Tragweite handelt, die alle Potsdamerinnen und Potsdamer betrifft, hat DIE LINKE eine Bürgerbefragung zur Art und zum Umfang des neuen Bades gefordert. Es ist ein Aus-

druck von Machtarroganz, aber auch von Unsicherheit, dass dieser Antrag der LINKEN von SPD, CDU, Grünen und FDP ohne Diskussion abgelehnt wurde.

Wieder soll über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Potsdamer dieses Vorgehen nicht gefallen lassen und ihre Meinung deutlich zum Ausdruck bringen. Das kann in Petitionen, in Versammlungen oder in anderen Formen öffentlicher Meinungsäußerung geschehen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Die
nächste Ausgabe
von
„Potsdams
andere
Seiten“
erscheint
am Dienstag,
2. Februar 2010

Antwort des OB in Sachen Erweiterungsbau

Die SVV hat am 07. September 2009 mit der DS 09/SVV/0718 den Oberbürgermeister beauftragt, durch den KIS einen Erweiterungsbau für das bestehende Sportfunktionsgebäude auf der Sportanlage Newtonstraße errichten zu lassen.

Dazu teilte der Oberbürgermeister Folgendes mit:
Für die Raumbedarfe im Erweiterungsbau wurden die derzeitigen Bedingungen analysiert und die zusätzlichen Bedarfe in Abstimmung mit dem Verein ermittelt.

Erforderlich wären:

4 Umkleieräume à 18 m²
2 Sanitärbereiche à 15 m², jeweils 1 Sanitärbereich zwischen 2 Umkleieräumen
2 Schiedsrichterräume mit separaten Sanitärbereichen à 8 m²
Geschäfts-/Vereinsraum ca. 20 m²

Trainer-/Übungsleiterraum ca. 10 m²

Verkehrsflächen ca. 40 m².

Als Sportgeräteaum wird eine Containervariante empfohlen. Der Investitionsaufwand wurde durch den Kommunalen Immobilien Service festgestellt. Für den Erweiterungsbau (ca. 188 m² Grundfläche) betragen die Investitionskosten ca. 180 T Euro.

Die Eigenleistungen, welche im Schnitt zwischen 2 % und 8 % liegen, wurden hier noch nicht berücksichtigt.

Angesichts der nach wie vor äußerst angespannten Haushaltssituation und einer notwendigen Prioritätensetzung bzgl. der Investitionsplanung war es bisher nicht möglich, entsprechende Ansätze im Haushalt zu statisieren.

Förderprogramme des Landes Brandenburg für entsprechende Maßnahmen gibt es derzeit nicht.

Einführung von Tempo 30 km/h auf der Galileistraße

Auf Anregung eines Bürgers am Rande einer Wahlkampfveranstaltung stellte die Stadtverordnete Jana Schulze eine Kleine Anfrage an die Stadtverwaltung: „Warum“, so der Bürger am 26. September 2009, „wird die Galileistraße nicht in beiden Fahrtrichtungen als 30 km/h-Zone ausgewiesen?“ so die Fragestellung. „Es geht hier vorrangig um mehr Sicherheit für Kinder, Fa-

milien, Schüler und ältere Bewohner“, so dieser Bürger. In der Antwort der Stadtverwaltung ist folgendes zu lesen:

„Die Galileistraße ist als Sammelstraße/Haupterschließungsstraße klassifiziert und wurde entsprechend dieser Funktion und Aufgabe im Straßennetz der LHP ausgebaut. Die Klassifizierung der Straße schließt eine Integration in eine Tempo-30-

Zone aus. Jegliche Beschränkung der zulässigen Geschwindigkeit bedarf einer vom Ordnungsgeber festgelegten Ermächtigungsgrundlage. Die Anordnungen von Verkehrszeichen richten sich nach dem Grundsatz, dass Verkehrszeichen nur dort anzuordnen sind, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Abgesehen von der Anordnung von Tempo-30-Zonen, dürfen insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der im § 45 StVO genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt. Das ist hier nicht der Fall.

Die beiden neu eingerichteten Querungsstellen, die seit Jahren bestehenden Fußgängerüberwege und die signalisierte Querungsmöglichkeit auf Höhe der Neuendorfer Straße sichern ein gefahrloses Überqueren aller Fußgängergruppen. Die durch Geländer gesicherte Gleisanlage

der ViP verhindert generell eine Querung der Straße anderen Orts. Ein Straßenseitenwechsel ist folglich nur an diesen speziell für die Sicherheit der Fußgänger eingerichteten Querungsstellen möglich. Das Unfallgeschehen mit Fußgängerbeteiligung ist vollkommen unauffällig. Besondere Gefahrenmomente sind nicht bekannt. Die Sicherheit der Schulwege ist bei derzeitiger Verkehrsorganisation berücksichtigt. Die Verkehrssicherheit ist für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet.

In Ermangelung einer erforderlichen Ermächtigungsgrundlage sind Beschränkungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in der Galileistraße unzulässig. Rechtsgrundlage hierzu bildet der § 45 Abs. 9 der StVO.“

Da sich der Fragesteller leider nicht nochmals an mich gewandt hat, möchte ich allen Anwohnern und möglicherweise ähnlich lautenden Fragestellern die Antwort der Verwaltung auf diesem Wege zukommen lassen.
Jana Schulze



Neuendorfer Straße – Bürgergespräch beim Landtagsabgeordneten

Am 3. Dezember 2009 trafen sich Anwohner der Schwarzschildstraße mit Dr. Scharfenberg, Herrn Weis, Geschäftsführer des ViP, und Herrn Steffens, Bereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen bei der Stadtverwaltung. Dieses Gespräch wurde bereits im Sommer verabredet. Anliegen war die dringend erforderliche Sanierung der Neuendorfer Straße und die Einhaltung der Verkehrsordnung. Die im Bereich Neuendorfer Straße/Ecke Großbeerenstraße bis zur Lilienthalstraße ausgewiesene 30 km/h-Zone wird von

dem durchfahrenden Busverkehr dort nicht zwingend eingehalten. Auf Anregung von Dr. Scharfenberg fanden in diesem Bereich Messungen durch den ViP statt. Ebenso wurden die Busfahrer in Gesprächen auf die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung nochmals hingewiesen. Mit Herrn Steffens wurde bereits im Sommer eine mögliche Sanierung dieses Verkehrsbereiches diskutiert. Leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. So fanden sich die Anwohner erneut im Bürgerbüro zusammen und formulierten ihre

Wünsche und Forderungen. Ein Abwarten auf die angekündigten Arbeiten im Straßenraum ab dem Jahr 2013 erscheint trotz Ankündigung durch die Stadt nicht nur ungewiss, eine Besserung des Zustandes für die Anwohner ist jetzt schon erforderlich. Im Ergebnis des Gespräches kann zusammengefasst werden, dass der ViP die Gespräche mit seinen Fahrern erneut durchführen wird. Herr Steffens wird eine Untersuchung des Zustandes der Fugen zwischen den Betonplatten der Fahrbahn in Auftrag geben und sich um eine

eventuell erforderliche Ausbesserung bemühen. Darüber hinaus regte Herr Weis in dem Gespräch an, den Kontakt zur Potsdamer Verkehrswacht aufzunehmen und Geschwindigkeitsmessungen wie vor Potsdamer Schulen durch diese durchführen zu lassen. Dieser Kontakt zur Verkehrswacht wurde durch Dr. Scharfenberg am selben Tage hergestellt. Die Bürger signalisierten für diese Aktion ihre Unterstützung. Dr. Scharfenberg wird an dem Problem in seinem Wahlkreis dranbleiben.

j.s

Fortuna-Sportplatz am Stern braucht neues Funktionsgebäude

Im Rahmen des Campus Am Stern ist in den vergangenen Jahren schon viel erreicht worden. Dazu gehört auch ein schöner Sportplatz, der von Fortuna Babelsberg intensiv genutzt wird. Schwachpunkte dieses, mittlerweile auch mit einer Kunstrasenfläche ausgestatteten Platzes in der Newtonstraße ist das schlecht ausgestattete und baufällige Funktionsgebäude. Nach mehreren Anfragen der LINKEN stellten die Fraktionen FDP/Familienpartei und SPD im Vorfeld der Landtagswahl einen Antrag, der mit den Stimmen

der LINKEN eine breite Mehrheit fand. Danach sollte geprüft werden, wie ein neues Funktionsgebäude gebaut werden kann, mit dem endlich zumutbare Bedingungen geschaffen werden können. Das Ergebnis der Prüfung wurde im Zusammenhang mit einer Anfrage von mir jetzt vorgelegt.

Jetzt kommt es darauf an, im nächsten Schritt die Realisierung dieses Vorhabens anzugehen. Das wird noch viel Kraft kosten. (siehe Marginalie)

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Reinigung des Hirtengrabens im Kirchsteigfeld

Ein kleiner Graben durchzieht das Wohngebiet im Kirchsteigfeld, der Hirtengraben. Mal mit mehr, mal mit weniger Wasser. Oftmals in den vergangenen Jahren beschäftigte dieser Graben die Stadtverordneten, die sich mit Fragen und Anträgen, um Verbesserung seines Wasserhaushaltes und seiner Reinigung bestrebt, an die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam wandten. Erneut wiesen die Bewohner des Wohngebietes im Süden Potsdams auf den Zustand des Hirtengrabens im September d. J. hin. Ihre Fragestellungen reichte ich an die Verwaltung weiter und erhielt folgende Antworten:

„Es finden jährlich Grabenschauen statt, bei denen der Handlungsbedarf für Unterhaltungsmaßnahmen festgelegt wird. Da

der Hirtengraben keine Quelle mehr besitzt (Stilllegung der Rieselfelder, kein Zufluss mehr aus dem Güterfelder Haussee) und somit in längeren Trockenzeiten kaum noch Wasser führt, wurden zusätzliche Maßnahmen ergriffen: Im Juni 2007 wurde die Staustufe am Wehr Drewitz probeweise erhöht, um dem Trockenfallen des Grabens in den heißen Sommermonaten vorzubeugen. Die durchgeführten wöchentlichen Grundwasserpegelmessungen belegen den Erfolg dieser Maßnahme. Die Höherstellung des Wehres soll auch im Jahr 2010 beibehalten werden. Diese Maßnahme befindet sich weiterhin in der Testphase.

Angedachte Maßnahmen, wie der Einbau einer Fontäne im Teich zur Erhöhung des Sauerstoffgehaltes oder der Bau einer Leitung



Fotos: Drescher



zum Brunnen am Ende der R.-Huch-Str. zwecks Fremdeinleitung von Grundwasser wurden untersucht. Sie mussten im Ergebnis der Grundwasserbeprobung verworfen werden. Die Grundwasseranalyse ergab, dass das Grundwasser so stark mit Nitrat, Phosphor, DOC, AOX belastet ist, dass diese Maßnahmen zu einer verstärkten Geruchsbelästigung führen können.

Gemäß Unterhaltungsplan hat der gewässerunterhaltungspflichtige Wasser- und Bodenverband Nuthe „angefaultes“ Wasser aus dem Graben abgelassen, um einen Wasseraustausch zu erzielen und abschnittsweise Laub aus dem Graben entnehmen zu können. Anschließend wurde die Staustufe wieder in die höhere Teststellung gebracht, so dass sich im Frühjahr 2009 „frischeres“ Wasser im Graben ansammeln konnte. Dadurch konnte die Geruchsbelästigung reduziert und „neues“ Wasser länger im Graben gehalten werden.

Der Wasser- und Bodenverband führte im Mai 2009 die einseitige

Böschungsmahd und im September 2009 eine Solkrautung durch. Die andere Böschungssseite (Naherholungsbereich) pflegte der Bereich Grünflächen der Stadt.

Notwendige Baumpflegemaßnahmen am Gewässer werden durch den Bereich Grünflächen und den Verband durchgeführt. Die Entfernung von herrenlosem Müll wurde über den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt abgesichert.

Als zuständige Fachbehörde prüft das Landesumweltamt Brandenburg, ob das für die Trinkwasserversorgung entnommene Wasser dem Gebiet über die stillgelegten Rieselfelder wieder zugeführt werden kann. Gegenwärtig wird es über das Klärwerk Stahnsdorf in den Teltowkanal abgeschlagen.“

Jana Schulze
Stadtverordnete
im Wahlkreis V

Bürgeraktiv Neubaugebiet Drewitz gegründet

Es besteht in Potsdam Einvernehmen darüber, dass die Situation des Neubaugebietes Drewitz verbessert werden muss. Als Bewohner und Berufstätige in diesem Stadtteil wollen wir mit unserer Sicht von innen zu einem erfolgreichen Verlauf der notwendigen Veränderungen beitragen.

Wir haben die Absicht, Aktivitäten zu unterstützen und selbst zu entwickeln, die ein gutes Miteinander der Bewohner fördern und das Erscheinungsbild des Neubaugebietes verbessern.

Darauf zu achten, dass verantwortliche Behörden, Beauftragte und Unternehmen ihre Aufgaben für unseren Stadtteil gewissenhaft wahrnehmen, die Stimme der „Neu-Drewitzer“ zu verstärken, insbesondere die angekündigte öffentliche Diskussion der Pläne für eine Gartenstadt Drewitz und die Beteiligung der Bewohner an deren Realisierung einzufordern.

Wir hoffen auf positive Resonanz aus dem Neubaugebiet Drewitz sowie auf konstruktive Zusammenarbeit nach außen und würden uns über eine Vergrößerung des Bürgeraktives durch engagierte BürgerInnen unseres Stadtteils freuen.

Potsdam-Drewitz im November 2009

Dr. Hartmut Böhm (Sprecher, Kontakt: Tel. 0331/61 60 99); Johnny Lehmann; Daniela Schippan; Berthold Schnell; Peggy Thamm; Günther Waschkuhn

Wann verschwindet der Schandfleck auf dem Kepler-Platz?

Es hat viel Kraft und Ausdauer gekostet, bis endlich eine Lösung für die alte minimal-Kaufhalle auf dem Kepler-Platz gefunden worden ist.

DIE LINKE hatte bereits im Zusammenhang mit dem Umzug der Kaufhalle in das moderne, freundliche Gebäude, das nach dem Abriss der ehemaligen Wohngebietsgaststätte „Orion“ entstanden ist, auf eine Anschlusslösung gedrängt. Mit einer Vielzahl von Anfragen und Anträgen haben wir immer wie-

der darauf gedrängt, dass das verfallende Gebäude einer dauerhaften neuen Nutzung zugeführt oder abgerissen wird. Das blieb jedoch erfolglos. Deshalb hat sich DIE LINKE darum bemüht, einen Investor zu finden, der diese Immobilie von REWE erwirbt und das zentrale Grundstück entwickelt.

Mitte 2009 gab es ein Gespräch zwischen einem interessierten Investor und REWE. Im Ergebnis sind sich REWE und dieser Investor einig geworden, wobei die

Entwicklungsprozesse einschließlich der notariellen Beurkundung sehr viel Zeit in Anspruch genommen haben. Parallel dazu hat der neue Eigentümer bereits erste Abstimmungen mit der Bauverwaltung vorgenommen, um 2010 nach der Übernahme des Grundstücks zügig beginnen zu können.

Vorgesehen sind der Bau von Wohnungen und eine geeignete öffentliche Nutzung im Erdgeschoss.

Dr. H.-J. Scharfenberg

Leibniz-Gymnasium erstrahlt in neuem Glanz



Die letzten Arbeiten im Außenbereich des Gymnasiums sind abgeschlossen und die letzte Pflanze und der letzte Baum haben den Bestimmungsort erreicht.

Hell und freundlich erstrahlt

das Gymnasium nach dreijähriger Grundsanierung am Campus Am Stern und wirkt mit seinen neuen Farben warm und einladend.

Vieles hat sich im Gebäude im Zuge der Sanierung verändert.

Große, modern eingerichtete Klassen- und Kursräume bieten den ca. 700 Schülerinnen und Schülern angenehme Bedingungen für ein erfolgreiches Lernen. Platznot gibt es aufgrund der Größe des Gymnasiums gar nicht, so dass alle Schüler von der 5. (LuBK) bis zur 13. Klasse ausreichend Bewegungsfreiheit finden. Dies schlägt sich auch im neuen Schulentwicklungsplan wieder, der für das Leibniz-Gymnasium zukünftig eine durchgängige 5-Zügigkeit vorsieht.

Alle Klassenräume bieten modernes Mobiliar, beste technische Ausstattung und selbstverständlich PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang. Möglichkeiten für eigene kreative Ausgestaltung ihrer Räume sind allen Schülern gegeben.

Herausragend im Gebäude sind die Gestaltung und Ausstattung aller Fachräume, sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im musisch-künstlerischen Bereich. Hier werden den Schülern umfangreiche fachliche Möglichkeiten geboten, eigene Fähigkeiten und Interessen sowie Begabungen experimen-

tell oder kreativ-phantasievoll auszuprobieren und zu fördern.

Schick geworden ist sie – unsere Außenanlage: eine harmonische Komposition aus abwechslungsreicher Begrünung, gemütlichen Sitzcken und großem Platzangebot auf den vier Schulhöfen rings um das Gymnasium. Zusätzlich stehen im Freizeitangebot den Schülern zahlreiche moderne Sportanlagen zur Verfügung: z.B. Tischtennisplatten, Beach-Volleyball, Basketball und Fußball auf dem Kunstrasenplatz.

Campus Am Stern: Das sind das Leibniz-Gymnasium, die Grundschule Am Pappelhain, die zukünftige Musikschule, die benachbarte Schwimmhalle Am Stern und die Sternkirche. Eine überzeugende bildungspolitische Entscheidung für die Zukunft.

Informieren Sie sich auf unserer Homepage. Ab sofort bietet die Schulleitung Informationsgespräche für die zukünftige 5. und 7. Klasse an. Termine über das Sekretariat (289 77 00).

Ich freue mich auf Euch, liebe Schüler, und auf Sie, liebe Eltern.

Uwe Schmidt, Schulleiter



Einweihung Campus Am Stern

Am 10.11.2009 konnte der zweite Bauabschnitt des Campus Am Stern feierlich eingeweiht werden.

Nachdem im Sommer 2008 die Sanierung des Schulgebäudes des Leibniz-Gymnasiums abgeschlossen wurde, konnten nun auch die Außenanlagen zur Nutzung für die Schüler übergeben werden.

In seinen begrüßenden Worten betonte Schulleiter Uwe Schmidt die Öffnung des Bildungsstandortes für die Bevölkerung des größten Wohngebietes der Stadt Potsdam.

Besucher, die von der Galileistrasse kommen, erleben dank des neuen Haupteingangs ohne Bauzäune ein offenes Areal. Gleichzeitig appellierte der Schulleiter an alle Schülerinnen und Schüler sowie an alle Besucher, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass das Schulgebäude und die Außenanlagen mit Freizeitangebot geachtet und gepflegt werden.



Eine gute Lebensqualität der Menschen im Land

Ministerin Anita Tack (DIE LINKE) zum Auftakt der parlamentarischen Arbeit

Anita Tack will insbesondere den Stand der brandenburgischen Nachhaltigkeitspolitik bewerten, den Handlungsbedarf identifizieren und mit dem neu zu berufenden Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz dieses Thema auch in den anderen Ressorts voranbringen. Die Einberufung dieses neuen Nachhaltigkeitsbeirats wird vorbereitet. Die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg wird in Angriff genommen.

Die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks für rechtliche Regelungen wird geprüft. Nachhaltigkeitskriterien, beispielsweise zur Energieeffizienz oder zur Verwendung umweltfreundlicher Produkte, sollen in die Beschaffungspolitik einfließen.

Die prognostizierte regionale Klimaentwicklung erfordert Anpassungsstrategien, wie sie auch schon in der Vergangenheit im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Energiestrategie des Landes vorbereitet wurden. Eng verbunden sind damit Fragen der Gesundheitspolitik, des Städtebaus und der Landnutzung. Aber auch Themen der Artenvielfalt und der Sicherung von Natura 2000-Gebieten. Die Förderung der effizienten Energienutzung, zum Beispiel durch branchenbezogene Klimaschutzvereinbarungen, wird fortgesetzt.

Ein Landeswettbewerb „Bioenergiedörfer“ soll initiiert werden, um kommunale Konzepte für eine umfassende und integrierte Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum anzulegen.

Effektive umwelt- und naturschutzrechtliche Genehmigungsverfahren und effiziente Anlagenüberwachung ohne Senkung des Umweltschutzniveaus schaffen Standortvorteile und entlasten die Behörden. Die Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie, der Umgebungslärmrichtlinie und Luftqualitätsrichtlinie bedarf der unbürokratischen Umsetzung auf hohem Umweltschutzniveau zur Sicherung der Lebensqualität. Der Umgang mit illegalen Abfalllagern bei Anlagen des Bergrechts ist in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium zu verbessern.

Natur- und Umweltschutz sind keine Themen, die innerhalb der Landesregierung nur exklusiv dem Ministerium zuzuordnen sind. Anita Tack versteht sich als Partnerin eines ressortübergreifenden Natur- und Umweltschutzes und setzt dabei auf



eine enge Kooperation zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel im Rahmen der Umweltpartnerschaft. Die Umweltpartnerschaft mit den Kammern, Verbänden der Wirtschaft und möglichst auch den Gewerkschaften wird fortgeführt.

Die Stärkung und Entwicklung der Großschutzgebiete als brandenburger Beitrag der Nationalen Naturlandschaften soll dem Ziel dienen, diese Gebiete als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung zu etablieren.

Der vorsorgende und investive Hochwasserschutz wird fortgeführt, die hohe Trinkwasserqualität gesichert. Ein Wassernutzungsentgelt wird geprüft. Die Wassersportinitiative Nord wird fortgeführt. Die EU-Badegewässer-Richtlinie wird umgesetzt; 255 Badewässerprofile werden erstellt. Die Abwasserentsorgung ist umweltgerecht und auf

Grundlage des Solidarprinzips sozialverträglich zu gestalten.

Die brandenburger Gesundheitspolitik bezieht Lebensverhältnisse wie Arbeit, Wohnung, Umwelt, Ernährung und Bildung ein. Sie ist Anspruch für soziale Gestaltung, gesundheitliche Förderung und Vorsorge sowie medizinische Versorgung. In Brandenburg liegt dabei die größte Herausforderung bei der medizinischen Versorgung in der Fläche des Landes. Unter Einbeziehung länderübergreifender Kooperationen werden innovative Lösungen und Instrumente gesucht und erprobt, die die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sicherstellen und die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten begünstigen. Mit dem Zuschnitt des neuen Ressorts ist die Chance gegeben, präventive und gesundheitsfördernde Faktoren stärker in den Fokus der Landespolitik zu stellen.

Eines der Schwerpunkthemen

wird aufgrund der demographischen Entwicklung die Prävention und Gesundheitsförderung im Alter sein. Ein weiterer die Entwicklung einer Landes-Psychiatrieplanung. In der logischen Konsequenz der stufenweisen Rückführung vollstationärer Versorgungsangebote wird es darum gehen, eine ambulante und gegebenenfalls teilstationäre Versorgung unter Berücksichtigung moderner Diagnostik- und Therapiekonzepte aufzubauen. Hierfür will die Ministerin von Anfang an eng mit den organisierten Verbänden der Gesundheitsfachberufe, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen zusammenarbeiten.

Die Neuordnung der Krankenhaus-Finanzierung wird auf eine Pauschalierung bisheriger Investitionsförderungen hinauslaufen, die die jeweiligen Träger vor Ort in die Lage versetzen, Zuwendungen des Landes bedarfsgerecht und anlassbezogen flexibel zu verwenden.

Die bevorstehende Fusion der AOK Berlin und AOK Brandenburg mit Sitz in Potsdam, vor allem die rechtliche Begleitung dieser hochkomplexen Zusammenlegung, ist ausgesprochen arbeitsintensiv und wird mindestens noch im ganzen nächsten Jahr das Thema sein.

Die Gesundheitswirtschaft soll weiter ausgebaut werden. Das Land Brandenburg bietet hierfür gute Voraussetzungen: Die „neue“ AOK ist auch ein wesentlicher Partner in der aktiven Förderung und Gestaltung der Gesundheitswirtschaft in Brandenburg. Ein weiteres Stichwort lautet hier: Masterplan Gesundheit Berlin-Brandenburg.

Ein Schwerpunkt wird der weitere Ausbau der Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die brandenburger können und müssen erwarten, dass das Land alles tut, um auf Krisenfälle vorbereitet zu sein. Infektionsschutz, Notfallvorsorge auf Krisenfälle, Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung sind Bausteine eines verantwortungsvollen Verbraucher- und Gesundheitsschutzes. Verlässliche Kontrollen, Qualitätssicherungssysteme, sichere Prognosemethoden, objektive Informationen und ein enges Zusammenwirken unabhängiger Verbraucherinstitutionen mit staatlichen Behörden sind hierfür die nötigen Instrumente. Deshalb will die Ministerin eine stärker zielgruppenorientierte Verbraucherinformation, Verbraucherbildung und Verbraucherberatung aufbauen.

Brandenburgs Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzministerin Anita Tack hat am 2. Dezember 2009 anlässlich der konstituierenden Sitzung des Landtagsausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ihre Handlungsschwerpunkte für die 5. Legislaturperiode vorgestellt: „Mit den Themen Klimaschutz, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Naturschutz und Gesundheit stehen wir zu Recht im Mittelpunkt öffentlicher Debatten. Die Erneuerung unseres Landes wird wesentlich davon abhängen, wie es uns gelingt, die Grundlagen für gute Lebensqualität der Menschen in allen Regionen Brandenburgs zu legen und weiter zu stärken.“

Tierheim in Eiche nun ‚auf dem Weg‘

Nach erheblichen Kommunikationsstörungen zwischen Stadt und Ortsbeirat sowie Anwohnern aus Eiche stellten endlich am 14. Dezember 2009 auf Einladung der Stadt die Tiertafel und die Treberhilfe ihr Projekt Mitgliedern des Ortsbeirats vor. Damit ist hoffentlich der Weg frei für eine offenere Zusammenarbeit, in deren Rahmen auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Antworten auf besorgte Fragen zu Lärmschutz, Naturschutz im Umfeld und Betreuungsqualität der Jugendlichen bekommen. Der Ortsbeirat will darauf drängen, dass durch einen laufenden Informationsaustausch Beeinträchtigungen für Anwohner minimiert und Skepsis abgebaut werden.
-ed

Ein Potsdam für alle – original sozial

Zwischenbilanz der SVV-Fraktion DIE LINKE für das Jahr 2009

Von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der SVV Potsdam

Der erste Beschluss dieser Wahlperiode wurde einstimmig gefasst. Es war der Antrag der Linksfraktion, bis zum Ende dieser Wahlperiode bis 2014 alle Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten zu sanieren. Damit hat diese wichtige Aufgabe, für die wir uns mit großer Hartnäckigkeit seit 1990 einsetzen, höchste Priorität erhalten.

Wir setzen uns mit großem Nachdruck für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau in Potsdam ein, um dem zunehmenden Mangel an preiswerten Wohnungen zu begegnen. Der Antrag, das von der Verwaltung vorgelegte Wohnkonzept mit verbindlichen Maßnahmen umzusetzen, ist Auftrag an den Oberbürgermeister geworden. Insofern veranlasst es mich schon zum Schmunzeln, wenn die Rathauskooperation die von uns herbeigeführten Festlegungen zur Schul- und Kitasanierung und zum Wohnungsbau als den großen Erfolg ihrer einjährigen Zusammenarbeit darstellt.

DIE LINKE will verhindern, dass die Wohngebietszentren in Zentrum Ost und am Schlaatz durch die Schließung der Kaufhallen veröden. Zumindest in Zentrum Ost gibt es dank dieser Anstrengungen gute Chancen, dass die Kaufhalle modernisiert wird, und auch Am Schlaatz geben wir nicht auf.

Wir sind und bleiben die konsequenteste Kraft für die dauerhafte Sicherung eines freien Uferzuges am Griebnitzsee und an anderen Gewässern und ich freue mich, dass unser Vorschlag zur Ein-

richtung einer Stiftung Freies Ufer breite Zustimmung gefunden hat. Ich nutze die Gelegenheit, für das von uns initiierte Bürgerbegehren Freies Ufer am Griebnitzsee zu werben. Im April nächsten Jahres wollen wir mit deutlich mehr als 13.000 Unterschriften abrechnen.

Verkehrsfragen lösen

Um das Schattendasein des Bahnhofs Pirschheide zu beenden, soll eine zukunftsfähige Lösung für dessen Entwicklung zum westlichen Nahverkehrsknotenpunkt gefunden werden.

Um die Staus auf den Bundesstraßen B 1, B 2 und B 273 im Stadtgebiet zu reduzieren, sollen zusätzliche Potenziale zur Nutzung des ÖPNV erschlossen werden. Neue Umsteigemöglichkeiten vom

PKW in den ÖPNV, erweiterte Busverbindungen können das unterstützen.

Gemeinsam mit Anliegern der Leipziger Straße und am Brauhausberg soll herausgearbeitet werden, wie die stauproduzierende und umweltbelastende Verkehrsführung durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen geändert werden kann.

Bürgerforderungen aufnehmend, soll durch den Ankauf von Flächen oder durch die Vereinbarung von Wegerechten der Bau eines Radweges zwischen Schlaatz und Stern gesichert werden.

Auf dem Weg zur „Fahrradfreundlichen Stadt“ wird ein ehrenamtlich tätiger „Fahrradbeauftragter“ benannt. Da es nach wie vor keine Fortschritte zur Verbes-

serung des Lärmschutzes an der Nuthe-Schnellstraße gibt, die Belastung der Anwohner ständig zunimmt, wurde erneut der Auftrag erteilt, geeignete Lärmschutzmaßnahmen zu planen und durchzuführen. Die Anwohner sind zu beteiligen.

Schulessen und freiland-Projekt

Mit Konsequenz und Ausdauer setzen wir uns weiter ein für kostenloses Schulessen und Schülerbeförderung, für ein Jugendzentrum in der Friedrich-Engels-Straße und den Erhalt des Archivs am jetzigen Standort in der Leipziger Straße. Wir kämpfen um die zeitnahe Sanierung des Alten Rathauses und der Stadt- und Landesbibliothek.



„freiland“ im Modell.



Bildung für alle (kostenloses Schulessen für Bedürftige eingeschlossen) und Kultur sind für die LINKE wichtige Themen.



Künftig wird es keine Sperrung städtischer Haushaltsmittel für die Versorgung der Schüler mit Lehr- und Lernmitteln, insbesondere mit Schulbüchern, mehr geben. Die bedarfsgerechte Ausstattung ist somit gesichert. Um die Schulsekretariate wieder zu zuverlässigen Anlaufstellen für Schüler, Eltern und Lehrer werden zu lassen, wurde die Arbeitszeit von Sekretärinnen erhöht und so dem tatsächlichen Bedarf zumindest angenähert.

Der kostenlose Schülertransport war die Nummer 1 der Prioritätensetzung des Bürgerhaushaltes 2009. Mit dem Ziel, dafür ein Finanzierungsmodell zu erarbeiten, wurde ein Workshop einberufen.

Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich für die Einführung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder aus ALG-II-Bedarfsgemeinschaften ein, um Kindern eine vom Familieneinkommen unabhängige Grundsicherung zu gewähren. Dies hat der Oberbürgermeister gegenüber dem Land und dem Bund zu vertreten.

Kultur in Potsdam

Mit der Fertigstellung des Areals Schiffbauergasse musste neu darüber nachgedacht werden, wie die Finanzierung der Arbeit bei Erhalt der Qualität der Angebote aussehen muss. Dem dient der erteilte Auftrag, die bisherige Finanzierung



„Freies Ufer am Griebnitzsee“ bleibt auch unsere Forderung.

kulturelles Jahr zu absolvieren, findet großes Interesse besonders bei jungen Leuten und bedeutet für städtische Kultureinrichtungen eine direkte Unterstützung der Arbeit. Um diese Möglichkeit auch in Potsdam zu nutzen, erging ein Auftrag zu prüfen, unter welchen Bedin-

Von „Porta“ bis „Bambi“

Wir haben also seit Oktober des Jahres 2008 insgesamt 108 Anträge eingebracht, von denen 59 angenommen und 31 abgelehnt worden sind. Wer daraus schließt, dass DIE LINKE in der Stadtversammlung iso-

in den Ausschüssen besetzt und die volle Arbeitsfähigkeit gesichert haben.

Mit dem hervorragenden Ergebnis bei der Landtagswahl haben wir von den Potsdamerinnen und Potsdamern auch eine Anerkennung für unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung erhalten. In Folge der höheren Wahlbeteiligung konnten wir sowohl bei den Erststimmen als auch für die Landesliste einen deutlichen Stimmenzuwachs erreichen und einen gewichtigen Beitrag zum hervorragenden Abschneiden der brandenburgischen LINKEN leisten. Das spricht nicht für Isolation und Selbstblockade, sondern zeugt von beachtlicher Ausstrahlung.

Wenn wir heute feststellen und uns darüber freuen können, dass Porta brummt, in der Metropolis Halle die Bambi-Verleihung stattfindet, auf dem RAW-Gelände viele Wohnungen gebaut worden sind und ein moderner Betrieb des produzierenden Gewerbes angesiedelt wurde, dann sind das, wie vieles andere in dieser Stadt – auch Ergebnisse einer energischen Arbeit der Potsdamer LINKEN. Dafür müssen wir uns nicht verstecken.

Wenn wir derzeit über unsere künftige Struktur und über mögliche Bündnisstrategien reden, dann tun wir das nicht aus einer erfolglosen Position und einer Notsituation heraus, sondern wir versuchen damit, unseren Handlungsspielraum als starke LINKE in Potsdam zu erweitern. Wir gehen in die Offensive, auch vor dem Hintergrund einer rot-roten Landesregierung, an die vor der Wahl kaum einer geglaubt hat. Und es ist davon auszugehen, dass wir alle in der Verantwortung sind, das Beste für unsere Stadt und ihre Bürger zu tun. Lasst uns in diesem Sinne nach vorn schauen.



„Auch am Schlaatz geben wir nicht auf...“

Fotos: Archiv

der freien Träger vor Ort zu evaluieren und entstehende finanzielle Mehrbedarfe im Haushalt zu verkannern.

Vereine und Initiativen im Bereich der Bildenden Kunst bereichern zunehmend die Kultur der Stadt und ihr Renommee. Um diese Entwicklung zielgerichtet zu forcieren und zu unterstützen, wurde ein Konzept eingefordert, das konkrete Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre ausweist.

Ebenfalls der Förderung der Bildenden Künste dient ein Antrag, der die Aufnahme der Kultur- und Kreativwirtschaft in das Wirtschaftsförderkonzept der Stadt einfordert, die so eine zielgerichtete Unterstützung erfahren kann.

Die Möglichkeit, ein freiwilliges

gungen das ab Herbst 2010 geschehen kann.

Bereits 2007 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Russisch-orthodoxe Gemeinde in dem Bemühen um den Bau eines Gemeindezentrums zu unterstützen. Da sich keine wirkliche Lösung abzeichnete und die bestehenden Probleme mit dem Land nicht ausgeräumt werden konnten, wurde der Wille, der Gemeinde bei dem Bau ihres Gemeindezentrums im Umfeld der Kapelle zur Seite zu stehen, bekräftigt und die Einrichtung eines Arbeitsgremiums festgelegt, das zeitnah eine Lösung erarbeiten und aus Vertretern der UNESCO ICOMOS, des Landes, der Stadt, der Fraktionen und Gemeinde bestehen soll.

liert sei und keine Wirkung entfalten könne, geht an den Realitäten vorbei. Das bescheinigt uns sogar die Rathauskooperation in ihrer Einjahresbilanz. Selbst wenn wir uns manches Mal nicht durchsetzen konnten, so beim kostenlosen Schulesen, bewirken wir doch eine öffentliche Diskussion, die zeigt, dass die Entscheidungen der Rathauskooperation nicht alternativlos sind. Und DIE LINKE gibt nicht auf.

Wir haben diese gute Bilanz erreicht, obwohl wir durch den Austritt eines Fraktionsmitgliedes ein Mandat verloren haben. Das hat uns geschadet und hat weh getan. Speziell in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes. Aber es spricht für unsere Stabilität, dass wir ohne Verzug die frei gewordenen Positionen

Online-Befragung zum Badneubau in Potsdam

Ihre Meinung ist gefragt

Bürgerbeteiligung, Bürgerbefragung und andere Instrumente der direkten Demokratie werden in Potsdam hochgehalten, man rühmt sich mit diesen Errungenschaften und trägt sie stolz vorweg. Doch wenn es einmal konkret wird, dann wird gekniffen – so wie bei der Frage um den Standort der Schwimmhalle. Hat man Angst vor den Entscheidungen der Bürger?

Die Potsdamer haben ein Interesse und ein Recht, über den Standort und die Art der Nutzung der Schwimmhalle mit zu entscheiden. Und das ist es wenig hilfreich, wenn Politiker Mittel der direkten Demokratie als „rückwärts-gewandt“ bezeichnen. Des Weiteren entsteht der Eindruck, der Bürger sei nicht in der Lage, die Komplexität des Themas zu begreifen. Spricht hier die Arroganz der Macht, die den – in ihren Augen – unmündigen Bürger vor vollendete Tatsachen stellt und ihm diese dann – unter dem Vorwand der Beteiligung – nur noch erklärt?

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters soll im Bornstedter Feld neben der Biosphäre ein neues Sportbad von den Stadtwerken Potsdam gebaut werden. Es soll mit einem Wellness-Angebot und Elementen eines Freizeitbades verbunden werden. Mit der dortigen Eröffnung des neuen Bades – voraussichtlich Ende 2011 – soll die Schwimmhalle auf dem Brauhausberg geschlossen und abgerissen werden. Diese städtische Fläche soll für gehobenen Wohnungsbau vorgesehen und für den Badneubau verkauft werden. Mit einer Online-Befragung wollen wir den Bürgern der Stadt Potsdam ermöglichen, sich zu diesem wichtigen städtischen Vorhaben zu äußern. Diese Umfrage hat keine rechtlich oder politisch bindende Wirkung, soll aber die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger aufzeigen.

Nehmen Sie teil unter:
www.dielinke-potsdam.de/partei/umfrage/

Weihnachtsfeier im Asylbewerberheim Am Schlaatz

Der Kreisverband DIE LINKE unterstützte die erste Weihnachtsfeier des Potsdamer Asylbewerberheimes im neuen Domizil Am Schlaatz, damit vor allem die Kinder schöne Erinnerungen an Weihnachten in Potsdam haben. Augenblicklich leben im Wohnheim 139 Menschen aus 25 Nationen. Darunter fünf Babys, zwölf Kleinkinder, zwei Schulkinder und 17 Jugendliche. Sie kommen aus Afrika, aus dem arabischen Raum, der Russischen Föderation, Vietnam und aus der Türkei kamen Kurden – erläuterte Heimleiterin Christiane Wahl.

Die Tische im Foyer des Heimes waren gefüllt mit Stolle, Äpfeln und Mandarinen. Textzettel wurden verteilt – „Oh Tannenbaum“ wurde gemeinsam gesungen. Thomas Schummel (BO „Neue Impulse“) versuchte als Vorleser das viersprachige Stimmengewirr zu übertönen und die Zeit bis zur Bescherung zu überbrücken. Doch dann erschien der Weihnachtsmann (Knecht Ruprecht oder Ded Moros) im blauen Mantel mit weißem Rauschbart und einem „Bischofsstab“.



Mit großen, staunenden Augen, offenen Mündern bewunderten die Kinder seine Erscheinung. Doch diese „Ehrfurcht“ dauerte nur kurz, dann bestürmten die Kinder den „Alten“. Große Freude über die Geschenke (gesponsert von einem Babelsberger Verein), die Eltern machten Fotos. Erinnerungen an diese erste Weihnacht im Asylbewerberheim am Schlaatz. Hella Drohla (SVV, DIE LINKE) und Olga Schummel (Vorsitzende des Migrantenbeirats bei der Stadt Potsdam/BO „Neue Impulse“) verteilten ebenfalls Geschenke. Von den 280

Euro, die auf dem Kreisparteitag der LINKEN von den Delegierten und Gästen gesammelt wurden, wurden ein Weihnachtsbaumständer, Geschenke für die Kinder der Bewohner des Heimes (Altersgruppen von 3 Monate bis 15 Jahre), Gymnastikmatten, Springseile, Softbälle und Gymnastikbälle für den Fitnessraum im Asylbewerberheim (Altersgruppe ab 17 Jahre) und Bastelmaterial gekauft. Vor allem Dinge, die für den Sportraum im Heim vorgesehen sind. „Der soll Anfang 2010 fertig sein“, so die Heimleiterin. *Fotos: Drescher/Martin*



Was sich 2010 für Verbraucher ändern wird

Ab Januar müssen bei Geldanlageberatungen Anlass, Dauer und Verlauf des Gesprächs, Anliegen des Kunden und die Empfehlung mit Begründung protokolliert werden.

In einer Finanzklemme kann man ab 1. Juli ein bestehendes Girokonto in ein Pfändungsschutzkonto mit einem Basispfändungsschutz von 985,15 Euro pro Monat für Arbeits-einkommen, Sozialleistungen, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Geldgeschenke umwandeln.

Ab 11. Juni müssen bei der Werbung für Darlehen wesentliche Kosten deutlich veranschaulicht und vor der Vergabe von Verbraucherkrediten über wesentliche Vertragsbestandteile informiert werden, so dass irreführende Werbung eingedämmt wird und Kunden besser vergleichen können.

Ab Januar gelten Beiträge für die Rürup-Rente nur noch bei zertifizierten Verträgen steuerlich als Sonderausgaben – aber vergleichen, die Qualitätsunterschiede sind enorm!

Pflegeheime und ambulante Wohnformen müssen ab Mai vor Vertragsabschluss schriftlich über ihr Angebot und die Ergebnisse der Qualitätsprüfung informieren. Bewohner können künftig innerhalb von 14 Tagen kündigen.

Häusliche und stationäre Pflegeleistungen werden in allen drei Pflegestufen monatlich um 10 Euro erhöht (bei Fachkräftpflege auf 440 / 1.040 / 1.510 Euro).

Alle sollen eine staatlich bezuschusste, private Pflegezusatzver-

sicherung abschließen, Bedürftige erhalten dafür Sozialleistungen.

Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich nicht mehr im Sonnenstudio bräunen – Betreibern droht im Verstoßfall ab März eine Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro.

Klare Standardglühlampen ab 75 Watt dürfen ab September nicht mehr in den europäischen Handel gebracht werden. Schrittweise treten weitere Energiesparregeln der Ökodesign-Richtlinie der EU für andere Geräte wie Waschmaschinen, Kühlgeräte und Computer in Kraft.

Ab Januar halten in Neubauten und bei Umbauten „Smart Meter“ als intelligente Zähler für Strom und Gas Einzug, die aus der Ferne elektronisch ablesen, so dass nicht mehr vor Ort abgelesen werden muss.

Für 0180-Telefonate gilt als „Service-Dienst“ ab März eine einheitliche Preisobergrenze von maximal 14 Cent pro Minute oder 20 Cent pro Anruf im Festnetz und per Handy maximal 42 Cent pro Minute.

Handytelefonate im EU-Ausland kosten ab Juli 2010 maximal 46 Cent brutto pro Minute, angemessene Anrufe maximal 15 Cent.

Für im Internet ersteigerte Waren gilt ab 11. Juli nur noch eine zweiwöchige Widerrufsfrist wie bei anderen Fernabsatzgeschäften.

Ausführliche Informationen finden Sie auf unserer Internetseite: www.dielinke-potsdam.de (Quelle: Verbraucherzentrale Brandenburg)

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 05.01.2010, 14.30 Uhr: „Die USA – von San Francisco bis New York“. Stadtverordneter Pete Heuer lädt ein zum Urlaub auf amerikanisch: 2.582 Meilen (4.156 Kilometer) in dreieinhalb Wochen entlang vieler Nationalparks, festgehalten in ganz persönlichen Bildern und Filmsequenzen. Anschließend erhalten Sie im Rahmen unserer Reihe „Politik für unseren Alltag“ aktuelle Informationen aus der Kommunalpolitik. *Dahlweid

Montag, 11.01.2010, 14.30 Uhr: „Streifzüge durch das Rügenland“. Steil aufragende Hochufer, Kreidefelsen und flache Sandstrände, bunte Wiesen, weite Buchenwälder und sanfte Hügelketten. Reetgedeckte Häuser, Backsteinkirchen und die Bäderarchitektur der Jahrhundertwende faszinieren ebenso wie Hünengräben und slawische Burgwälle – das ist Rügen. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *Dahlweid

Dienstag, 12.01.2010, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“. Ein musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte

Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen oder nach bekannten Walzermelodien tanzen. Es gibt kleine Preise zu gewinnen. *Dahlweid

Dienstag, 12.01.2010: Betreutes Wohnen – Erfahrungen und Probleme. Altersheime und Seniorenresidenzen in Potsdam. Gast: Frau Lore Bertz, stellv. Vorsitzende Seniorenbeirat Potsdam. Alleestraße 3 im Haus der LINKEN

Dienstag, 12.01.2010, 17.00-18.00 Uhr: Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender (Mdl), im Bürgerbüro, Galileistr. 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen), Am Stern. Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Mittwoch, 13.01.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Dienstag, 19.01.2010, 14.30 Uhr: „Heitere Klassik, mit Anekdoten gewürzt“. Ein musikalisch-literarischer

Nachmittag mit „Heiterer Klassik, gewürzt mit interessanten Anekdoten“ – ein Programm des Konzertpianisten Hartmut Valenske und der langjährigen Sängerin und Moderatorin des Landespolizei-orchesters, Eva Dobrzinski-Petersein. Wir gedenken des 200. Geburtstages von Felix Mendelssohn-Bartholdy, erinnern an Johannes Brahms und an Antonin Dvorak. Zum Ausklang feiern wir dann gemeinsam eine „Hochzeit auf Troldhaugen“, in Töne gesetzt von Edvard Grieg. Dazu hören wir Anekdotisches, Historisches und ganz Menschliches in den Texten von Eva Dobrzinski-Petersein. *Dahlweid

Montag, 25.01.2010, 14.30 Uhr: „Phantastische Tierwelt, Teil 1“. Eine interessante Reise mit Karl Kreutz. Das Video zeigt den Kampf um das Leben. Töten oder getötet zu werden – so lautet die Spielregel der Natur. Wie sich die verschiedensten Tiergattungen ihre Nahrung beschaffen, sehen sie in diesem Filmbericht. *Dahlweid

Dienstag, 26.01.2010, 14.30 Uhr: „Warum sind wir gegen den Krieg in Afghanistan?“ Der Stadtverordnete Dr. Her-

bert Schlohm diskutiert mit Oberst a. D. Brix und Oberstleutnant a. D. Steudel zum Thema: Krieg ist kein Mittel der Politik. *Dahlweid

Mittwoch, 27.01.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Sonntag, 31.01.2010, 10.00Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“. Jugendclub 91, Kastanienallee 22d, Potsdam West

Montag, 01.02.2010, 14.30 Uhr: „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht: Peru – erlebtes Inkaland“. Eine abenteuerliche Reise mit Eva Gretsich in das Land der Inkas. In einer digitalen Foto-Show, mit interessanten Texten und originaler Musik versehen, können Sie Frau Gretsich begleiten und das heutige Peru mit den Welterbestätten der Inkas – Cuzco – Sagsaywaman – Quenqo – Ollanta – Machu Picchu sowie die Aymara-Indianer auf den Schilfinseln des Titicacasees – bewundern. *Dahlweid

Dienstag, 02.02.2010, 17.00 Uhr: Die lange Nacht des Films: „Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste“. Ingrid Püschel auf ihren abenteuerlichen Reisen ganz allein durch Indien. Mein Indien – das ist die Millionen-Metropole Delhi mit den vielen, extrem unterschiedlichen Gesichtern, das ist Fatehpur Sikri, Sikandra und Agra mit dem Taj Mahal, das ist Varanasi am Ufer des „heiligen“ Ganges, das ist Sarnath, wo Buddha seine erste Predigt hielt, das ist Kolkata, Stadt der Armut und der Freude, und das ist das weltweit größte Flussdelta mit seinen Mangrovenwäldern, den Sunderbans. Mein Indien – das sind vor allem die Menschen, die dieses Land bewohnen: einfach und bescheiden, gastfreundlich und herzlich, ehrlich und gläubig, selbstbewusst und immer fröhlich. Bei Ayurveda-Tee und der Verkostung einer landestypischen Speise können Sie Gedanken und Eindrücke über Indien austauschen, Fragen stellen und den Abend ausklingen lassen. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost